

## Antrag auf Förderung der Anlage von Uferrand- und Erosionsschutzstreifen für den Verpflichtungszeitraum vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2023

Der Direktor der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen als Landesbeauftragter

**Maßnahmennr: 526**

**1 Antragstellerin/Antragsteller**

**Unternehmensnummer**

**Einreichungsfrist 02.07.2018**

Eingangsstempel der Kreisstelle

Telefon	Mobil-Telefon	Telefax	ZID-Registriernummer
Email			

Ihre Bankverbindung (Geschäftskonto) wird dem diesjährigen Sammelantrag (ELAN) entnommen, eine gesonderte Angabe ist hier nicht erforderlich. Änderungen Ihrer Bankverbindung melden Sie bitte unverzüglich Ihrer zuständigen Kreisstelle.

Falls ein Vertretungsberechtigter vorhanden ist, bitte diesen mit einer Vollmachtserklärung auf einem Zusatzblatt angeben, sofern diese noch nicht bei der Kreisstelle hinterlegt wurde. Sofern es sich bei dem Unternehmen um kein Einzelunternehmen handelt, ist es Pflicht, dem/der Antragsteller/in eine Vollmacht zu erteilen.

**2 Ich/Wir beantrage(n) eine Zuwendung für die Anlage von Uferrand- und/oder Erosionsschutzstreifen gemäß Nr. 9 der Richtlinien zur Förderung von Agrarumweltmaßnahmen, RdErl. des MKULNV, Az.: II-A-4-62.71.30 vom 29.10.2015 auf den in der Anlage A und/oder B aufgeführten Ackerflächen**

Hektar Uferrandstreifen	Prämiensatz je Hektar/Jahr	Euro Gesamtprämie je Jahr (beantragte ha x Prämiensatz)
ha <sup>1)</sup>	1.100,- Euro	Euro
Hektar Erosionsschutzstreifen	Prämiensatz je Hektar/Jahr	Euro Gesamtprämie je Jahr (beantragte ha x Prämiensatz)
ha <sup>2)</sup>	1.100,- Euro	Euro

<sup>1)</sup> Summe der Teilschläge gemäß Spalte 5 der Anlage A (URS)

<sup>2)</sup> Summe der Teilschläge gemäß Anlage B (ERS)

**Zutreffendes bitte ankreuzen**

- Hiermit beantrage ich die Ersetzung der bestehenden Bewilligung(en) durch eine neue Bewilligung, die die im letzten Auszahlungsantrag beantragten Flächen vollständig umfasst sowie einen zusätzlichen Flächenumfang von mindestens 0,2 ha, aber mehr als 10% der bisherigen Flächengröße, umfasst.  
Mir ist bekannt, dass im Falle der Ersetzungsbewilligung die bestehende(n) Bewilligung(en) zum 01.01.2019 aufgehoben werden und die neue Bewilligung für den Verpflichtungszeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2023 gilt.
- Hiermit beantrage ich die Bewilligung für zusätzliche Uferrand- und Erosionsschutzstreifen. Der Antrag umfasst keine bereits bewilligten Flächen. Eine eventuell bestehende Bewilligung behält ihre Gültigkeit.

**3 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, spätestens beginnend mit dem 01.01.2019 bis zum 31.12.2023,**

- 3.1 die in den „Richtlinien zur Förderung von Agrarumweltmaßnahmen“ vom 29.10.2015, AZ II-A-4 - 62.71.30, genannten Bedingungen einzuhalten,
- 3.2 die aktuell verbindlichen Grundanforderungen gemäß Titel VI Kapitel I der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 (Cross Compliance), die einschlägigen Kriterien und Mindesttätigkeiten gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c Ziffern ii und iii der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013, die einschlägigen Mindestanforderungen für die Anwendung von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln und sonstigen einschlägigen verpflichtenden Anforderungen des nationalen Rechts einzuhalten,
- 3.3 alle für die Gewährung der Förderung nach diesen Richtlinien notwendigen Unterlagen während des Verpflichtungszeitraumes und danach für die Dauer von 5 weiteren Jahren aufzubewahren,
- 3.4 jede Abweichung vom Antrag, insbesondere jede Nutzungsänderung, jede Änderung in der Größe der bewirtschafteten Flächen und jeden Wechsel des Nutzungsberechtigten während der Dauer der Verpflichtungen sowie alle Tatsachen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind, unverzüglich schriftlich mitzuteilen,
- 3.5 bei allen Informations- und Kommunikationsmaßnahmen, die in Zusammenhang mit dieser Fördermaßnahme stehen (z. B. Broschüren, Faltposter, Plakate), einschließlich gewerblich genutzter Internetseiten, auf die Unterstützung aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) hinzuweisen und dabei die Bestimmungen des Anhangs III der VO (EU) Nr. 808/2014 einzuhalten,
- 3.6 auf den beantragten Flächen Uferrandstreifen und/oder Erosionsschutzflächen, deren Breite mindestens 5 und höchstens 30 Meter beträgt, durch Einsaat mit mehrjährigen Grasarten oder gräserbetonten Mischungen anzulegen oder sofern sie bereits angelegt waren, beizubehalten und für die Dauer der Verpflichtung weiterhin beizubehalten,
- 3.7 bei Neuanlage eines Uferrand- oder Erosionsschutzstreifens die Einsaat vor dem 01.04. des ersten Verpflichtungsjahres durchzuführen; Ausnahmen von diesem Termin erfordern die Genehmigung der Bewilligungsbehörde,
- 3.8 die Uferrand- und Erosionsschutzstreifen nicht zu düngen und keine Stoffe im Sinne von § 2 Nummer 1 bis 8 des Düngegesetzes aufzubringen und keine Pflanzenschutzmittel einzusetzen,
- 3.9 den Aufwuchs mindestens einmal jährlich zu zerkleinern und ganzflächig zu verteilen (Mulchen oder Häckseln) oder zu mähen und das Mähgut von der Fläche abzufahren, wobei diese Arbeiten nicht vor dem 01.07. eines Jahres vorgenommen werden dürfen,
- 3.10 keine über die ggfs. notwendige Nachsaat hinausgehende Bodenbearbeitung vorzunehmen; eine mechanische Bearbeitung darf die Begrünung der Flächen nicht wesentlich beeinträchtigen,
- 3.11 weder die Uferrandstreifen einschließlich angrenzender Böschung noch die Erosionsschutzstreifen – auch nicht durch Dritte – beweiden zu lassen,
- 3.12 keine Meliorationsmaßnahmen durchzuführen,
- 3.13 die Flächen abgesehen von der Abfuhr des Mähgutes nicht zu nutzen,
- 3.14 mit dem Grundantrag eine lagegenaue Skizze des / der Uferrand- oder Erosionsschutzstreifen(s) einzureichen,
- 3.15 im Falle der Beantragung von Erosionsschutzstreifen über die Kreisstelle der Landwirtschaftskammer eine fachliche Bestätigung der Bodenschutzberatung der Landwirtschaftskammer über die fachlichen Maßgaben entsprechende Lage der anzulegenden Erosionsschutzstreifen einzuholen (Anlage C).

#### **4 Erklärungen der Antragstellerin/des Antragstellers**

##### **Ich/Wir erkläre(n), dass**

- 4.1 Ich/wir Betriebsinhaber im Sinne des Artikels 4 Abs. 1 Buchstabe a) der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 bin/sind und eine landwirtschaftliche Tätigkeit auf Flächen, deren Nutzung überwiegend landwirtschaftlichen Zwecken dient, ausübe(n) und den Betrieb selbst bewirtschafte(n),
- 4.2 dass meine/unsere Flächen, auf denen die Maßnahme durchgeführt wird, im Land Nordrhein-Westfalen liegen und die Erosionsschutzstreifen nach Maßgabe der zuständigen Bodenschutz- und Gewässerschutzberatung auf Ackerflächen in Feldblöcken der Erosionsgefährdungsklassen CC<sub>Wasser 1</sub> oder CC<sub>Wasser 2</sub> angelegt werden,
- 4.3 die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind; dies gilt auch für den Fall, dass die Angaben mit Hilfe von Dritten vorgenommen wurden.

##### **Ich versichere/Wir versichern, dass**

- 4.4 gegen mich/uns in den letzten fünf Jahren weder eine Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro nach § 404 Abs. 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt, noch dass ich/wir rechtskräftig nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt wurde(n).

##### **Mir/Uns ist bekannt, dass**

- 4.5 Flächen nicht förderfähig sind,
- 4.5.1 die aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommen wurden und mit dem Nutzungscode 591, 595 oder 599 im Sammelantrag angegeben wurden,

- 4.5.2 die im Eigentum des Landes Nordrhein-Westfalen, von Gemeinden und Gemeindeverbänden oder des Bundes sind, bei denen bereits vertragliche Bewirtschaftungsaufgaben, die denen der beantragten Fördermaßnahme nach diesen Richtlinien entsprechen oder darüber hinausgehen, vereinbart worden sind,
- 4.5.3 die im Eigentum des Landes Nordrhein-Westfalen, von Gemeinden und Gemeindeverbänden oder des Bundes sind und diese mit öffentlichen Mitteln zu Umwelt- oder Naturschutzzwecken erworben worden sind,
- 4.5.4 für die eine Rechtsverpflichtung zur Umsetzung von Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen besteht,
- 4.6 im Falle von Flächenabgängen gegenüber dem Bewilligungsrahmen eine Auszahlung der Förderung nach den im Flächenverzeichnis zum Sammelantrag des aktuellen Jahres festgestellten Uferrand- bzw. Erosionsschutzstreifen erfolgt,
- 4.7 im Falle der Flächenverringerung aus anderen Gründen als dem Übergang an andere Personen, die für diese Flächen erhaltene Zuwendung zurückzahlen ist, sofern sie während des gesamten Verpflichtungszeitraumes um mehr als 10 Prozent verringert wird,
- 4.8 für Uferrand- und Erosionsschutzstreifen dieser Fördermaßnahme, die gleichzeitig zur Erfüllung der Greening-Verpflichtung als ökologische Vorrangflächen angegeben werden, eine Kürzung des Hektarsatzes um 380 Euro erfolgt; diese Kürzung erfolgt für jeden Schlag, der künftig sowohl in dieser Agrarumweltmaßnahme im Auszahlungsantrag beantragt, als auch im Flächenverzeichnis als ökologische Vorrangfläche (Feldrand, Pufferstreifen, Streifen am Waldrand oder Brache) zur Erfüllung der Greeningauflagen angegeben wird; ausgenommen sind Betriebe, die gleichzeitig im ökologischen Landbau gefördert werden oder nach der Kleinerzeugerregelung von den Greeningauflagen befreit sind,
- 4.9 in Fällen von höherer Gewalt und außergewöhnlichen Umständen Ausnahmen von den eingegangenen Verpflichtungen anerkannt werden können,
- 4.10 die allgemeinen Verpflichtungen und Erklärungen des Antrages Anwendung finden,
- 4.11 eine Zuwendung nicht erfolgen kann, wenn gegen den Antragsteller bereits ein Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet wurde. Die Bewilligungsstelle ist über derartige Tatsachen unverzüglich zu informieren,
- 4.12 alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Beihilfe abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 sind, und bei entsprechender Nichteinhaltung strafrechtlich verfolgt werden,
- 4.13 die beantragte Förderung abgelehnt oder zurückgenommen wird, wenn die allgemeinen oder maßnahmenspezifischen Zuwendungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind,
- 4.14 Flächenabweichungen, Verstöße gegen Verpflichtungen und falsche Angaben zu Kürzungen oder Aufhebung des Zuwendungsbescheids und Rückforderungen gemäß den Nummern 12.3 und 12.4 der Förderrichtlinien führen können,
- 4.15 festgestellte Verstöße einer vorhergehenden Verpflichtung rückwirkend bei der Sanktionsbemessung in der aktuellen Verpflichtung, außer im Falle eines Betriebs-/Bewirtschafterswechsels, zu berücksichtigen sind,
- 4.16 der Erstattungsanspruch gemäß § 49a Abs. 3 VwVfG (NRW) in der jeweils gültigen Fassung, jährlich zu verzinsen ist,
- 4.17 die Bewilligung der Förderung nach festgesetzten Prioritäten im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel vorgenommen werden kann,
- 4.18 die Zuwendung in Form einer Festbetragsfinanzierung als Zuschuss gewährt wird und sich die EU mit Mitteln aus dem europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), mit mindestens 45 v. H. an der Maßnahme beteiligt,
- 4.19 die bewilligte Maßnahme im Falle einer Änderung der verbindlichen Standards, Anforderungen oder Auflagen gegebenenfalls während der Laufzeit anzupassen ist; eine solche Anpassung kann auch erfolgen, um eine Doppelfinanzierung der Methoden nach Artikel 43 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 im Falle einer Änderung dieser Methoden zu vermeiden und um die Bewilligung an den Rechtsrahmen für den folgenden Programmplanungszeitraum anpassen zu können.

## 5 Einverständnis der Antragstellerin/des Antragstellers

### **Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass**

- 5.1 die Angaben im und zum Antrag an die für die Förderung von Agrarumweltmaßnahmen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 in Nordrhein-Westfalen zuständigen Organe des Landes, des Bundes und der EU übermittelt werden können – ich bin/wir sind darüber belehrt worden, dass die Erhebung vorstehender Angaben auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 VwVfG (NRW) beruht, die Kenntnis der erbetenen Angaben der Überprüfung der Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendung dient und dass eine Berücksichtigung nur möglich ist, wenn die Angaben in diesem Antragsvordruck enthalten sind,
- 5.2 von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Feststellung der Höhe der Förderung erforderlich sind, angefordert werden können,
- 5.3 die zuständige Behörde die ihr vorliegenden Unterlagen des Betriebes nach dem Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem zur Entscheidung über den Antrag in allen geeigneten Fällen beizieht,
- 5.4 die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie die Angaben zum Antrag jederzeit an Ort und Stelle durch die zuständigen Prüforgane kontrolliert werden können, dass ich/wir oder mein/unser Vertreter dem beauftragten Kontrollpersonal die erforderlichen Auskünfte erteilen werde(n), der Zugang zu Flächen und Wirtschaftsgebäuden ermöglicht wird, die Kontrolleure das Recht auf die Entnahme von Aufwuchs- und Bodenproben haben und

ihnen unbegrenzt Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Zuwendungsvoraussetzungen notwendigen betrieblichen Unterlagen gewährt wird,

- 5.5 der Europäische Rechnungshof und Bedienstete der Europäischen Kommission, die Bescheinigende Stelle, das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, der Landesrechnungshof, das Staatliche Rechnungsprüfungsamt und die Bediensteten der EU-Zahlstelle berechtigt sind, Unterlagen zu Prüfungszwecken anzufordern sowie im Rahmen einer örtlichen Überprüfung Grundstücke und Gebäude im erforderlichen Umfang zu betreten und alle für diese Maßnahme relevanten Unterlagen einzusehen,
- 5.6 die Angaben zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert und zur Bewertung (Evaluierung) des NRW-Programms „Ländlicher Raum“ an beauftragte Dritte weitergeleitet werden können; ich bin/wir sind auf die Bedeutung und Wirkung des Einverständnisses sowie über dessen Widerrufbarkeit belehrt worden,
- 5.7 ausschließlich zum Zwecke der Bewertung (Evaluierung) des NRW-Programms „Ländlicher Raum“ zusätzliche Angaben des Betriebes von beauftragten Dritten angefordert und – in anonymisierter Form – ausgewertet werden können,
- 5.8 die Daten zur Förderung, insbesondere der Name und die Gemeinde, in der die Zuwendungsempfänger wohnen, sowie die Bezeichnung der Maßnahme und die Höhe der Zuwendung, gemäß Artikel 111 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 i. V. m der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 (ABl. L 255 vom 28.8.2014), dem Agrar- und Fischereifonds-Informationen-Gesetz (AFIG) und der Agrar- und Fischerei-Informationen-Verordnung (AFIVO) in den jeweils geltenden Fassungen, in das veröffentlichte Verzeichnis der Zuwendungsempfänger aufgenommen werden
- 6 Ich habe/Wir haben die Informationen über die Veröffentlichung von Förderdaten erhalten und mir/uns ist deren Inhalt bekannt.**
- 7 Die Richtlinien zur Förderung von Agrarumweltmaßnahmen vom 29.10.2015, AZ II-A-4-62.71.30, sind mir/uns bekannt.**

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers/der Antragsteller

**Nur von der Kreisstelle auszufüllen!**

Die Sichtprüfung ist erfolgt.

Der Antrag wird zur Erfassung freigegeben.

ja  nein

Antrag erfasst:

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift des Prüfers

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift des Erfassers

Bei ursprünglicher Ungültigkeit des Antrages

Antrag

gültig am:

\_\_\_\_\_

erfasst am:

\_\_\_\_\_

durch:

\_\_\_\_\_

Anlage A (URS)	Flächenaufstellung zum Grundantrag: Hier: Anlage von Uferrandstreifen 2018					
Antragssteller/in						
Name, Vorname				Unternehmensnummer		
Ich/wir beantrage(n) eine Zuwendung für die Anlage von Uferrandstreifen auf Acker auf folgenden Flächen:						
1	2	3	4	5		6
Lfd. Nr. beantragter Uferrandstreifen	Lfd. Nr. Feldblock <sup>1)</sup>	Schlag-Nr. <sup>1)</sup>	Teilschlag <sup>1)</sup> (a, b, c)	Nur auszufüllen bei <b>Ersetzungsanträgen:</b>		beantragte Fläche des Uferrandstreifens <sup>2)</sup> in ha, ar <b>für den Bewilligungszeitraum 01.01.2019 – 31.12.2023</b>
				bisher bewilligte Fläche des Uferrandstreifens (sofern in Altbewilligung enthalten) in ha	Jahr des zu ersetzenden Grundantrages/ der zur ersetzenden Grundanträge je Fläche	
<b>Uferrandstreifenfläche insgesamt</b>						<b>ha<sup>3)</sup></b>

Auf den o. g. Flächen werde ich bestehende bzw. auf mind. 5 m Breite erweiterte und ggfs. neu anzulegende Uferrandstreifen gemäß Ziffer 9.3.1 bis 9.3.9 der Richtlinien bewirtschaften. Neu anzulegende Uferrandstreifen auf den o. g. Flächen werde ich bis spätestens 01.04.2019 anlegen. Die Uferrandstreifen sind an jeder Stelle mindestens 5 m und höchstens 30 m breit.

Ort, Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers \_\_\_\_\_

1) gemäß Flächenverzeichnis 2018  
 2) Angabe in ha, ar (Flächengröße auf vier Nachkommastellen auf- oder abrunden)  
 3) ermittelte Summe(n) auf Seite 1 des Antragsformulars eintragen

Anlage B (ERS)	Flächenaufstellung zum Grundantrag: Hier: Anlage von Erosionsschutzstreifen 2018					
<b>Antragssteller/in</b>						
Name, Vorname				Unternehmensnummer		
<b>Ich/wir beantrage(n) eine Zuwendung für die Anlage von Erosionsschutzstreifen auf folgenden Flächen:</b>						
1	2	3	4	5		6
Lfd. Nr. beantragter Erosionsschutzstreifen	Lfd. Nr. Feldblock <sup>1)</sup>	Schlag-Nr. <sup>1)</sup>	Teilschlag <sup>1)</sup> (a, b, c)	Nur auszufüllen bei <b>Ersetzungsanträgen:</b>		beantragte Fläche des Erosionsschutzstreifens <sup>2)</sup> in ha, ar <b>für den Bewilligungszeitraum 01.01.2019 – 31.12.2023</b>
				bisher bewilligte Fläche des Erosionsschutzstreifens (sofern in Altbewilligung enthalten) in ha	Jahr des zu ersetzenden Grundantrages/ der zur ersetzenden Grundanträge je Fläche	
<b>Erosionsschutzstreifenfläche insgesamt</b>						<b>ha<sup>3)</sup></b>

Auf den o. g. Flächen werde ich nach Aberntung der vorhergehenden Hauptfrucht bis spätestens zum 01.04.2019 Erosionsschutzstreifen in der von der Bodenschutzberatung bestätigten Form anlegen und die Flächen gemäß Ziffer 9.3.1 bis 9.3.9 der Richtlinien bewirtschaften. Die Erosionsschutzstreifen sind an jeder Stelle mindestens 5 m und höchstens 30 m breit.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers

- 1) gemäß Flächenverzeichnis 2018
- 2) Angabe in ha, ar (Flächengröße auf vier Nachkommastellen auf- oder abrunden)
- 3) ermittelte Summe(n) auf Seite 1 des Antragsformulars eintragen

<b>Anlage C (ERS)</b>		<b>Bestätigung der Boden- und Gewässerschutzberatung zur Anlage von Erosionsschutzstreifen 2018</b>	
<b>Antragssteller/in</b>			
Name, Vorname		Unternehmensnummer	
<b>Die beantragten Schutzstreifen dienen – der Lage und Größe nach- dem Erosionsschutz in besonderem Maße:</b>			
	<b>Vom Antragsteller auszufüllen:</b> lfd. Nrn. der beantragten Schutzstreifen gemäß Flächenaufstellung (Anlage B des Antrags)	<b>Von der Boden- bzw. Gewässerschutzberatung auszufüllen, wenn Korrekturen notwendig:</b>	
CC <sub>Wasser 1 oder 2</sub> am Hangfuß (z.B. zum Schutz angrenzender Flächen, Gewässern oder Straßen/Wegen vor abgetragenem Bodenmaterial)			
CC <sub>Wasser 1 oder 2</sub> am Vorgewende (bevorzugt bei Bewirtschaftung quer zum Hang)			
CC <sub>Wasser 1 oder 2</sub> an der Hangmitte (zur Verkürzung der erosiven Hanglänge)			
CC <sub>Wasser 1 oder 2</sub> in Hangmulden (zur Minderung des konzentrierten Abflusses von Niederschlagswasser)			
Der Schutzstreifen liegt nicht in einem Feldblock der Einstufung CC <sub>Wasser 1 oder 2</sub>		(gesonderte Bestätigung erforderlich)	
Sonstiges			

Ort, Datum

Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers

(von der Boden- bzw. Gewässerberatung der Landwirtschaftskammer NRW auszufüllen)

Die Schutzstreifen entsprechen wie beantragt den bodenschutzfachlichen Empfehlungen.

Die beantragten Schutzstreifen entsprechen unter Berücksichtigung der empfohlenen und vom Antragsteller vorgenommenen Korrekturen den bodenschutzfachlichen Empfehlungen.

Name, Vorname  
(der/ des durchführenden LWK-Mitarbeiterin/ Mitarbeiters)

**Hinweis für den Antragsteller:**

Die zuständige Kreisstelle der Landwirtschaftskammer legt Ihren Antrag der Boden- bzw. Gewässerschutzberatung vor. Sofern die Bodenschutzberatung die Schutzstreifen in der beantragten Form nicht befürworten kann, erhalten Sie die Gelegenheit, Ihren Antrag diesbezüglich in Abstimmung mit dem/der zuständigen Berater/Beraterin abzuändern (eine Erhöhung der insgesamt beantragten Schutzstreifenfläche ist nach dem 02.07. jedoch nicht mehr möglich). Die fachliche Bestätigung ist Voraussetzung für die Bewilligung der beantragten Schutzstreifen.